

**14. Wahlperiode**

**Änderungsantrag  
der Fraktion GRÜNE**

**zu dem Antrag der Fraktion der SPD  
– Drucksache 14/6896**

**„Mit einer Volksabstimmung die dringend notwendige breite Akzeptanz der  
Bürgerinnen und Bürger zur Umgestaltung des Bahnknotens Stuttgart  
(Stuttgart 21) und zur Neubaustrecke Wendlingen/Ulm zurückgewinnen“**

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 14/6896 zu ändern:

I. Die Überschrift des Antrags der Fraktion der SPD neu zu fassen:

„Mit einer Volksabstimmung zur Umgestaltung des Bahnknotens Stuttgart  
(Stuttgart 21) und zur Neubaustrecke Wendlingen/Ulm weiteren Schaden für  
die politische Kultur in Baden-Württemberg und in der Landeshauptstadt  
Stuttgart abwenden!“

II. Den Antrag wie folgt neu zu fassen:

“durch Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfes die Voraussetzungen  
für eine landesweite Volksabstimmung über die Beteiligung des Landes an der  
Umgestaltung des Bahnknotens Stuttgart (Stuttgart 21) und an der Neubau-  
strecke Wendlingen/Ulm gemäß Artikel 60 der Landesverfassung zu schaffen“

Stuttgart, den 27.10.2010

Kretschmann und Fraktion

**Begründung:**

Die Umgestaltung des Bahnknotens Stuttgart mit dem Projekt Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Stuttgart/Ulm sind Gegenstand einer politischen Diskussion, wie sie das Land Baden-Württemberg lange nicht erlebt hat. In dieser sehr zugespitzten Situation, in der es zwischen Gegnern und Befürwortern in der Sachfrage so gut wie keine Einigungschancen gibt, reicht es nicht aus, auf demokratisch gefasste Be-

schlüsse von Bundestag, Landtag, Regionalparlament und Gemeinderat hinzuweisen, um damit der mangelnden gesellschaftlichen Akzeptanz des Bahnprojekts zu begegnen.

Stattdessen ist es dringend erforderlich, eine von allen Bürgerinnen und Bürgern akzeptierte Entscheidung zur Beteiligung des Landes an der Durchführung von Stuttgart 21 und Neubaustrecke herbeizuführen. Nur eine Volksabstimmung und eine direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger kann dieser Anforderung genügen.

Die Fraktion GRÜNE beantragt eine Änderung des Antrags der Fraktion der SPD hinsichtlich der Überschrift sowie des Antragstextes, da das Ergebnis einer Volksabstimmung nicht per Antragstext vorweggenommen werden sollte.

